

Meinungen & Profile

Leitartikel

Es ist bedenklich, dass es diese klaren Worte braucht

Die Basler Regierungsräte Conradin Cramer und Beat Jans haben diese Woche eine Linie festgelegt, die dauerhaft gelten muss.

Zwei Basler Regierungsräte haben diese Woche gesagt, was gesagt werden musste: In dieser Stadt, in diesem Kanton ist kein Platz für Antisemitismus. Conradin Cramer (LDP) bezog im Zusammenhang mit dem durch die «Sonntags-Zeitung» – die wie die BaZ zu Tamedia gehört – aufgedeckten antiisraelischen «wissenschaftlichen» Papier im Fach «Urban Studies» Stellung. In dieser Arbeit wurden absurde Thesen aufgestellt. Und Beat Jans (SP) wies wegen der Berufung des neuen Direktors der Kunsthalle den Leiter des Kunstvereins unmissverständlich darauf hin, was hier geht und was nicht.

Immerhin zahlt der Kanton pro Jahr 900'000 Franken an den Kunstverein und ist damit mit Abstand der grösste Geldgeber, auch wenn Katrin Grögel als Vertreterin von Basel-Stadt in der Kommission kein Stimmrecht hat.

Es ist kein Zufall, dass mit Cramer der Erziehungsdirektor und mit Jans der im Kanton oberste Verantwortliche für die Kultur innerhalb von drei Tagen Klartext haben reden müssen. Basel als eine der ältesten Universitätsstädte Mitteleuropas und Basel als Hort von zwei weltberühmten Kunstsammlungen und der wichtigsten Kunstmesse überhaupt erweist sich – ausgerechnet wenn es um Bildung und Kultur geht – als erstaunlich empfänglich für antisemitisches Gedankengut und einseitige Schuldzuweisungen.

Die klaren Ansagen des bürgerlichen und des linken Regierungsrates kommen vielleicht ein bisschen spät, aber sie sind dafür sehr deutlich. Dass sie überhaupt erforderlich waren, gibt zu denken.

Zuerst zur Bildung. Natürlich ist die Uni ein riesiges Konstrukt aus allerlei Studien- und Fachrichtungen, da ist es schwer für die linke Hand, zu wissen, was die rechte tut. Aber es ist ja auch klar, wo tendenziell heikle, weil ganz klar politisch gefärbte Arbeiten verfasst werden. Sicher nicht bei den Mathematikern oder den Medizinerinnen.



Conradin Cramer (LDP) ist Vorsteher des Erziehungsdepartements Basel-Stadt (links). Beat Jans (SP) ist Vorsteher des Präsidiatdepartements. Fotos: Lucia Hunziker/Raphael Moser

Mindestens der betreuende Professor des Studenten, der die abstruse Wildschwein-These aufgestellt hat, hätte in diesen extrem aufgeladenen Zeiten reagieren und das Dekanat informieren müssen. Umso mehr, als an der Universität Bern eine ähnliche Debatte längst angestossen war. Dort wurde bereits Mitte Oktober ein Dozent nach einem Hamas-Tweet fristlos entlassen.

Nach dem Vorfall an der Uni Bern wäre es die Aufgabe der Basler Rektorin Andrea Schenker-Wicki gewesen, aufmerksam hinzuschauen und vor allem auch dem Dekanat der philosophisch-historischen Fakultät diesen Auftrag zu erteilen.

Dass es schliesslich Regierungsrat Conradin Cramer überlassen wurde, ein Zeichen zu setzen, ist schwach. Die Uni selbst hätte längst in aller Deutlichkeit ihren Studierenden und Dozierenden

Basel erweist sich als erstaunlich empfänglich für antisemitisches Gedankengut.

klar machen sollen, was Wissenschaft ist und wo Politik und reine Ideologie anfangen.

Bei der Kultur ist es ähnlich. Beat Jans hat im Gespräch mit der BaZ Klartext geredet: «Es ist ein Fehler gewesen, dass der Kulturverein Basel bei der Ankündigung der Berufung von Mohamed Almusibli nicht geprüft hat, ob und wie er sich politisch geäussert hat.» Es könne einer Institution schaden, wenn sie das nicht wisse. Prüfen, hinschauen, nachfragen. Es ist gewiss nicht die Presse allein, der diese Rolle zufällt.

Wir haben es getan. Dafür hat die BaZ wegen ihrer «berechtigten Nachfragen» – Zitat Beat Jans – beim Kunstverein wütende Briefe aus der Schweiz und Europa erhalten. Die Kunstwelt erregte sich und warf der Redaktion Islamophobie und Rassismus vor. In mehreren der über 100 Mails aus aller Welt ist von einer «Hasskampagne» die Rede. Dies beweist vor allem, dass diese Kunstwelt – die «Art Community» – empfänglich für latenten Antisemitismus ist. Es beweist auch, dass Basel, das sich manchmal grösser macht, als es ist, sich manchmal nicht zu klein machen sollte.

Offenbar schaut man in Amsterdam und in Berlin, in New York und in Genf genau hin, was in Basel geschieht. Umso wichtiger ist es, dass Beat Jans als Vorsteher des Präsidiatdepartements, als eigentlicher Stadtpräsident also, mit wenigen Worten

festgelegt hat, was gilt. Wir wiederholen es hier gerne.

Vom Leiter einer Basler Kulturinstitution erwarte er, «dass er jeglichen Verdacht von Antisemitismus klar ausräumt. Das bedeutet, wenn er sich zum Nahostkrieg äussert, dann soll er erstens die Hamas als Organisation ohne Wenn und Aber für deren barbarischen Angriff, für die Geiselnahmen und für deren Schutzschildtaktik verurteilen.» Und weiter: «Wenn er die Unabhängigkeit von Palästina fordert, soll er im gleichen Satz auch das Recht des Staates Israel anerkennen. Denn Israel wurde gegründet, um die jüdische Bevölkerung vor Verfolgung und Antisemitismus zu schützen.»

Hinter diese Linie darf Basel als Kanton und als Stadt nie mehr zurück. Diese Linie heisst nicht, dass Kritik an Israel verboten ist. Sie muss möglich sein, und sie ist nötig. Aber sie bedeutet,

dass das palästinensische Kampflied «From the River to the Sea», das Israel seine Existenz abspricht, inakzeptabel ist, sowohl an der Uni als auch in den Kulturinstitutionen.

Denn auch das Gewissen dieses Kantons ist nicht rein. Beim Pogrom von 1349 auf einer Rheininsel wurde die Mehrheit der hier ansässigen Juden verbrannt – oder sie erstickten. Erinnert sei auch an alle jüdischen Hilfesuchenden während des Zweiten Weltkriegs, die an die Nazis übergeben wurden.

Conradin Cramer und Beat Jans haben in diesen Tagen ihre Profile und dasjenige Basels geschärft. Das war wichtig.



Markus Wüest